

ISRAEL VOR DEN WAHLEN 2015

VON TSAFRIR COHEN

In Israel wird am 17. März gewählt, und im Fernsehen, in den sozialen Medien, überall auf den Straßen ist der Wahlkampf omnipräsent. Bei so intensiver Berieselung ist die völlige Abwesenheit der zwei großen Problemfelder, die Israels Geschehnisse maßgeblich bestimmen, umso bemerkenswerter: der Konflikt mit den PalästinenserInnen und die Besetzung der Palästinensergebiete samt ihrer verheerenden Rückwirkungen auf die innere Verfasstheit der israelischen Gesellschaft und Demokratie einerseits, andererseits eine Wirtschaftspolitik, die die Kluft zwischen Arm und Reich enorm wachsen und die öffentlichen Güter zugunsten eines kaum regulierten privaten Sektors immer weiter schrumpfen lässt. Gegen Letztere entstand vor wenigen Jahren eine enorme Protestwelle, die bei diesen Wahlen allerdings nur noch blasse Erinnerung geworden ist.

KONTRAHENTEN, DIE DEN STATUS QUO NICHT INFRAGE STELLEN

Stattdessen setzen die Hauptkontrahenten auf Altbewährtes: Benjamin Netanjahu, der alte Haudegen des rechtsgerichteten Likud, setzt komplett auf die Sicherheitskarte. Immer wieder, wie auch neulich in der wichtigsten Rede dieses Wahlkampfes – bezeichnenderweise nicht in Israel, sondern vor beiden Parlamentskammern der Vereinigten Staaten in Washington DC –, beschwört er eine Welt herauf, in der ein ständiger Kampf zwischen Gut und Böse herrscht, in der es keine Kompromisse geben kann: Entweder wird Israel vernichtet oder aber seine Feinde werden besiegt, wobei er eine Linie zieht, die von den Pogromen im Zarenreich über Hitler bis zum Iran und den Unabhängigkeitsbestrebungen der PalästinenserInnen reicht. Sein Kalkül: In einer so unsicheren Welt spielt die Wohnungsnot der Mittelstandskinder keine Rolle, und die Bevölkerung scharft sich um den amtierenden Premier, dessen Patriotismus nicht angezweifelt werden kann.

Seine Herausforderer vom zionistischen Lager ist die zum Wahlkampfauftakt erfolgte Zusammenführung von Kadima, einer Abspaltung von Likud, und der Arbeitspartei. Dessen Führungsduo Tzipi Livni und Jitzchak Herzog gehen auf die Besetzung mit keinem Wort ein, auch versprechen sie keine Abkehr vom gegenwärtigen Wirtschaftskurs, sondern prangern vielmehr Netanjahu als ruchlos an und preisen sich als die anständige Alternative, die aber niemandem wehtun und den Status quo nicht verändern wird.

Tatsächlich haben alle Regierungen der letzten beiden Jahrzehnte, ob unter Likud, Kadima oder der Arbeitspartei, die Besiedlung der besetzten Palästinensergebiete durch jüdische SiedlerInnen gefördert, die das Haupthindernis auf dem Weg zu einer Zweistaatenlösung darstellt. Auch haben alle diese Regierungen eine Wirtschaftspolitik betrieben, die einerseits zu einer Konzentration des Wohlstands bei einer sehr schmalen Oberschicht führte, andererseits die öffentlichen Sicherungssysteme für alle aushöhlte. Das [Adva-Sozialforschungsinstitut](#), das mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung zusammenarbeitet, weist unter anderem daraufhin, dass etwa die Gesundheitsausgaben immer weniger durch ein Solidarsystem gedeckt werden, sodass PatientInnen immer tiefer in die eigene Tasche greifen müssen, unabhängig davon, wie viel sie verdienen.

POLITISCHE ZERSETZUNG

Da beide großen Parteien nicht viel mehr als die Weiterführung des Status quo anbieten, keine klaren politischen Angebote haben und im Lauf der Jahre unzählige Hoffnungen enttäuscht hatten, suchen die BürgerInnen ihr Heil bei kleinen Parteien, die noch nicht verbraucht wirken oder aber bestimmte Klientele bedienen. Stellvertretend hierfür steht der gut aussehende Starjournalist Yair Lapid und seine Partei «Es gibt eine Zukunft», die die urbane, aus Europa stammende Mittelschicht anspricht, aber auch «Das Jüdische Heim» von Naftali Bennett, ein Anlaufpunkt für Menschen mit einem geschlossenen rassistischen

Weltbild.

Trotz Erhöhung der Sperrklausel auf 3,25 Prozent der Stimmen werden voraussichtlich etwa zehn bis zwölf Parteien in der kommenden Knesset vertreten sein. Keine der beiden großen Parteien dürfte mehr als 20 Prozent der Stimmen erhalten. Um sie herum werden sich wahrscheinlich ein nationalistischer und ein zentristischer Block gruppieren. Dazwischen werden einige klientelistische Parteien stehen, etwa die beiden Parteien, die die Interessen der aus Europa oder aber der aus der arabischen Welt stammenden religiösen Juden vertreten.

EINE KÜNFTIGE REGIERUNG WIRD ZU SCHWACH SEIN, UM DEN STATUS QUO ZU VERÄNDERN

In dieser Gemengelage wird jede Koalition aus fünf oder sechs Parteien bestehen müssen. Bei einem Zusammengehen vom Likud und zionistischem Lager in einer sehr kleinen Großen Koalition wären vier oder fünf Parteien notwendig, um die Hälfte der 120 Knesset-Abgeordneten hinter sich zu wissen. Eine schwache und krisenanfällige Koalition ist vorprogrammiert, und die meisten KommentatorInnen prophezeien Neuwahlen in spätestens zwei bis drei Jahren.

Jede künftige Koalition wird folglich zu schwach, um richtungsweisende Veränderungen vorzunehmen: Weder wird sie die Besatzung beenden, noch das ökonomische System nennenswert reformieren können. Bei linken AktivistInnen und BeobachterInnen gibt es jedoch unterschiedliche Meinungen, welche Koalition besser wäre. Die einen meinen, dass eine Koalition unter Livni/Herzog besser wäre, da diese wenigstens die schlimmsten Auswüchse verhindern könnte: Sie würde vielleicht einige spektakuläre Siedlungsprojekte stoppen, Privatisierungen aufhalten, einen weniger neoliberalen Kapitalismus befolgen und schliesse unter Umständen das große, menschenverachtende Internierungslager für Flüchtlinge aus der Subsahara in der Wüste Negev. Darüber hinaus könnte eine Niederlage Netanjahus der Beginn unerwarteter Entwicklungen sein, auf jeden Fall aber ein Dämpfer für das wachsende rechtsradikale Lager um Naftali Bennett bedeuten, der seinen WählerInnen ein mit der modernen Welt kompatibles chauvinistisches Weltbild medienwirksam präsentiert – für viele BeobachterInnen das größte Gefahrenpotenzial für die israelische Demokratie.

Der Historiker und Aktivist Gadi Algazi sieht es etwas anders: Die SiedlerInnen seien so gut organisiert, dass eine schwache Regierung unter Livini/Herzog deren gut geölte und über Parteigrenzen hinaus gut eingebundene Maschinerie kaum nennenswert wird aufhalten können. Dafür würde eine solche Regierung im Ausland derartig an Ansehen gewinnen, dass der Druck auf Israel erneut schwächer würde, die Besatzung zu beenden. Da Israels Gesellschaft momentan nicht in der Lage sei, die Besatzung aus eigener Kraft zu beenden, sei Druck von außen das Einzige, das zu einem Ende der Besatzung führen könne. Ähnlich denkende AktivistInnen fürchten zudem, dass die in letzter Zeit entstandenen zarten Anfänge einer ernsthaften Opposition durch die Beteiligung linker Kräfte an einer etwaigen Regierung im Keim erstickt würden.

WO SIND TRÄGER PROGRESSIVER VERÄNDERUNG?

In Israel ist «Links» längst zu einem Schimpfwort geworden, sagte der bekannte Journalist Gideon Levy auf einer [Konferenz](#) der Rosa-Luxemburg-Stiftung, und die Linke werde immer stärker in die Ecke gedrängt. Die Lage sei ausweglos. Gibt es angesichts solch pessimistischer Analysen auch potenzielle Träger progressiver Veränderung?

Als Erste fällt einem die Partei Meretz ein, die offensiv mit dem Begriff «Links» umgeht und sich als die einzige echte linke Alternative im zionistischen Lager definiert. Meretz wird aber als nicht patriotisch genug wahrgenommen und darüber hinaus als Partei des Bildungsbürgertums, weshalb sie von ganzen Schichten ignoriert wird. Diesen Vorwurf teilen viele linke BeobachterInnen: Auch wenn Meretz eine der wenigen Parteien ist, die ein politisches Programm der gesellschaftlichen Teilhabe aller ausgeschlossenen Bevölkerungsteile Israels vertritt und ihr Eintreten für einen historischen Kompromiss mit den PalästinenserInnen mit einem starken Eintreten für soziale Gerechtigkeit innerhalb Israels verbindet, so ist die Partei aber auch über ihr Personal und europäischen Habitus hinaus tatsächlich stark mit den Interessen von europäischen Juden, etwa den Kibbuzim verbunden. Gleichwohl wird Meretz mit ihren wenigen Abgeordneten versuchen, die Arbeitspartei ins linke Spektrum zu ziehen.

Gerade unter den aus arabischen Ländern stammenden Juden, den Mizrahim, die etwa ein Drittel der jüdischen Bevölkerung in Israel ausmachen, und den etwa eine Million Juden, also zehn bis 15 Prozent der Gesamtbevölkerung, die seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion nach Israel gekommen sind, sind jedoch interessante Entwicklungen zu beobachten. Beide Bevölkerungsgruppen wählten in den letzten

Jahrzehnten Parteien, die sie direkt bedienten. Doch diese beiden Parteien werden voraussichtlich deutlich schwächer abschneiden als bei früheren Wahlen. Auch wenn die Mehrheit beider Bevölkerungsgruppen sich nach wie vor dem rechtsnationalistischen Lager zugehörig fühlt, wachsen gerade in den letzten Jahren neue Aktivistengenerationen heran, die neue Wege jenseits der tradierten Linken, aber auch einfacher nationalistischer Antworten suchen. Einen Anteil daran haben auch JournalistInnen und BloggerInnen aus dem Umfeld von [Morashtenu](#), einer Partnerorganisation der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tel Aviv, die kritischen Journalismus in russischsprachigen Medien fördert. Sie finden immer mehr Gehör, wenn sie rassistisches Gedankengut anprangern und sich kritisch mit den alten und neuen Nationalismen auseinandersetzen.

EIN HOFFNUNGSSCHIMMER: DIE VEREINTE LISTE

Schließlich gibt es die vielleicht interessanteste Entwicklung bei dieser Wahl: «Die Vereinte Liste» von Chadasch, der ehemaligen kommunistischen Partei, heute mit breiter angelegter Ausrichtung, die seit jeher als einzige politische Kraft in Israel eine tatsächliche jüdische-arabisch-palästinensische Partei sein möchte, Balad, einer palästinensischen nationalen bis nationalistischen Partei, die sich mehrheitlich aus Chadasch abgespalten hatte, sowie eines vor allem islamistisch geprägten Parteienbündnisses. Die «Vereinte Liste» entstand, weil rechte Kräfte in der Knesset die Erhöhung der Sperrklausel auf 3,25% erhöht hatten, in der Hoffnung, so die Parteien auszuschließen, die die verschiedenen ideologischen Strömungen der arabisch-palästinensischen Minderheit in Israel vertreten.

In Israel leben etwa eineinhalb Millionen PalästinenserInnen. Heute sind sie gleichberechtigte Staatsbürger Israels und stellen etwa 20 Prozent der israelischen Bevölkerung. Gleichzeitig werden sie stark benachteiligt. Ihre Gemeinden erhalten etwa nur unter einem Prozent der staatlichen Budgets für Kultur oder für Landwirtschaft. Mehr noch: Seit dem Jahr 2000, als 13 unbewaffnete arabisch-palästinensische Jugendliche bei Solidaritätsbekundungen mit den unter Besatzung lebenden PalästinenserInnen erschossen wurden, verschlechterten sich die Beziehungen zwischen Mehrheitsgesellschaft und Minderheit. In der Folge sah sich die palästinensische-arabische Minderheit immer stärker rassistischen Anfeindungen und Boykotten ausgesetzt und antwortete darauf mit einem Rückzug in die eigenen Gemeinden.

Zum ersten Mal könnte eine Parteiliste die gesamte palästinensische-arabische Minderheit in Israel vertreten. Dieser Umstand hat euphorische Reaktionen ausgelöst. Die Wahlbeteiligung dürfte sich deutlich erhöhen, die palästinensisch-arabische Minderheit zukünftig in der Knesset eine gewichtigere Rolle spielen und mit 13 Mandaten vielleicht zur drittgrößten Partei werden. Dies könnte ein bedeutender Wendepunkt in den Beziehungen zwischen Mehrheitsgesellschaft und Minderheit werden und der Beginn erneuten Engagements der arabisch-palästinensischen Minderheit in gesamt-israelischen Angelegenheiten sein.

Dies ist umso erfreulicher, als Führung wie AktivistInnen der Chadasch es sich nicht leicht gemacht haben, mit IslamistInnen und NationalistInnen zusammenzugehen. «In einem Land mit arabischer Mehrheit», so Aida Touma, sehr wahrscheinlich erstes weibliches Knesset-Mitglied von Chadasch, «würden wir als Sozialisten die Islamisten und Nationalisten vor allem als Gegner betrachten, doch in diesem Land haben wir vor allem gemeinsame Positionen gegen die wachsende Benachteiligung sowie physische und in Gesetze verpackte Angriffe durch die Mehrheitsgesellschaft. Zudem haben wir durchgesetzt: Es gibt einen jüdischen Israeli und mehrere Frauen auf sicheren Listenplätzen.»

Die «Vereinte Liste» hat zwar nur wenige jüdische AnhängerInnen – auch wenn sie immerhin neue politische Heimat mehrerer Tausend jüdischer Israelis ist, die an Chadasch angebunden sind, darunter vor allem radikale, anti- und postzionistische Linke –, steht aber gleichzeitig nicht nur für die Vertretung der Gruppeninteressen der arabisch-palästinensischen Minderheit, sondern bietet ausdrücklich ein politisches Angebot für die gesamte israelische Gesellschaft an. Sie ruft zu einem echten gemeinsamen palästinensisch-jüdischen Kampf für eine friedliche Beendigung des Nahostkonflikts auf und für mehr Inklusion, mehr tatsächliche Demokratie und gegen die Ausschluss- und Verdrängungsmechanismen, die den Status quo bestimmen. Doch auch jüdische Israelis, die progressive Positionen vertreten, finden es fast unmöglich, diese unsichtbare ethnische Grenze zu überschreiten und sich mit einer «arabischen» Bewegung zu identifizieren. Ob die «Vereinte Liste» also von weiteren Kreisen als emanzipatorische, gesamtgesellschaftlich relevante Kraft wahrgenommen wird, werden wir erst in den Wochen und Monaten nach den Wahlen feststellen können.